

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Emsdetten 28./29. Mai 2011

AntragstellerIn: **KV Viersen**

TO-Gegenstand: - Genfer Flüchtlingskonvention



Antrags-Nr.:

Beschluss

60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention – 5 Verbesserung der Lebensbedingungen für Flüchtlinge jetzt!

Die Delegierten fordern die Landtagsfraktion NRW von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, sich zum 60. Jahrestag der UN-Flüchtlingskonventionen intensiv die Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden in NRW und in Deutschland einzusetzen.

Eine der Säulen des Humanitären Völkerrechtes ist die Genfer Flüchtlingskonvention. Sie wurde als „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ am 28. Juli 1951 verabschiedet. Heute -60 Jahre danach- herrscht keine Feierstimmung in Europa und in Deutschland. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist in vielerlei Hinsicht ein „Apartheitsgesetz“. Viele Flüchtlinge leben in Deutschland unter menschenunwürdigen Umständen. Die Organisation „Pro Asyl“ schildert das folgendermaßen:

„Ausgegrenzt und isoliert in Lagern, ohne Teilhabemöglichkeiten und ohne Perspektive: So leben viele Flüchtlinge in Deutschland. Als Asylsuchende oder Geduldete dürfen sie sich nicht frei bewegen (Residenzpflicht) und nur ausnahmsweise ihren Wohnort wechseln.

Rechtliche und soziale Hürden erschweren es, Arbeit zu finden, eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen. Nur bei akuten Erkrankungen oder Schmerzzuständen gibt es eine medizinische Versorgung. Bewusst werden Flüchtlinge in oft abgelegenen und heruntergekommenen Lagern in Mehrbettzimmern mit Gemeinschaftstoiletten und -küchen untergebracht.

Ein Paket mit Lebensmitteln, eines für die Körperhygiene und ca. 1,30 Euro Taschengeld pro Tag ist für viele über Jahre hinweg Alltag. Diskriminiert und entmündigt werden Flüchtlinge auch dann, wenn sie statt Bargeld Wertgutscheine erhalten, die sie nur in bestimmten Geschäften einlösen können.“

Die LDK fordert die Landtagsfraktion NRW von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, durch eigene Maßnahmen und Initiativen im Bundesrat dem Ziel menschenwürdiger Regelungen Nachdruck zu verleihen und die Forderungen von Proasyl zu unterstützen.

- die Diskriminierung von Flüchtlingen beenden; das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und die Betroffenen wie alle anderen Menschen in Deutschland zu behandeln;
- den Lagerzwang abschaffen und menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen;
- die Residenzpflicht vollständig aufzuheben und allen Flüchtlingen Freizügigkeit zu garantieren.

Zusätzlich fordern wir, mit Veranstaltungen, Aktionen und Informationsangeboten auf das Jubiläum der UN-Menschenrechtskonvention und die aktuellen Lebensbedingungen der Flüchtlinge in NRW aufmerksam zu machen und die Situation zu verbessern.

Initiator Jeyaratnam Caniceus, beschlossen auf der KMV am 21.5.2011 in Nettetal